

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags
...
Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 36b.

Die achtseitigen Anzeigenblätter über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich
...
Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Inhalt des Ultimatum

Die Zahlungsbedingungen

Paris, 2. Mai.

In einer Havas-Meldung aus London heißt es:
Die Sitzung des Redaktionsausschusses, der aus Briand, Lord Curzon, Graf Sforza und Jaspars gebildet war, war um 12 Uhr 50 Min. mittags beendet. Es kam eine Verständigung über einen einheitlichen Wortlaut zustande, der dem Obersten Rat unterbreitet werden wird und dessen Annahme wohl nicht zweifelhaft ist. Dieser Entwurf wird es Frankreich ermöglichen, unverzüglich die militärischen Maßnahmen einzuleiten, die für die vorgesehene Besetzung notwendig sind, in erster Linie also die Einberufung der Jahresklasse 1919. Während der nötigen Vorbereitungszeit wird die Reparationskommission an Deutschland eine Zustellung über die Zahlungsweise und die Sicherheiten für die Zahlungen zur Begleichung seiner Schuld ergehen lassen. Wenn Deutschland bis zum Ablauf dieser Frist seine Zustimmung nicht gegeben hat, so wird die Besetzung des Ruhrgebiets unverzüglich wirksam werden.

Was die Zahlungsbedingungen betrifft, so wird Deutschland 36 Jahresraten in Höhe von 5 Prozent mit seiner Schuld leisten müssen. Bis 1926 ist ein Zinsfuß von 2 1/2 Prozent vorgesehen, der in der Folge auf 5 Prozent einschließlich der Tilgung erhöht wird. Die Reparationskommission wird drei Gattungen von Bonds ausstellen, eine erste Rate von 12 Milliarden Goldmark, die innerhalb eines Jahres zahlbar ist, eine zweite Rate von 38 Millionen Goldmark, die am 1. November ausgegeben wird, dann eine dritte Rate von 80 Milliarden Goldmark, die je nach der Zahlungsfähigkeit des internationalen Geldmarktes und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden wird.

Der Oberste Rat begann um 1 Uhr nachmittags und war bereits kurz vor 2 Uhr beendet. Der Entwurf des Redaktionsausschusses wurde in seinen großen Zügen gutgeheißen.

Die weiteren Beratungen

Die Finanzsachverständigen werden nochmals um 3 Uhr zusammenkommen, um die Zahlungsbedingungen und die Sicherheiten endgültig festzustellen, die dazu bestimmt sind, die Stelle des territorialen Unterpfandes zu treten. Die Besetzung würde nämlich nicht stattfinden, falls Deutschland die ihm von der Reparationskommission aufgegebenen Bedingungen annehmen sollte. Die Zustellung wird innerhalb einer Frist von vier Tagen erfolgen und die deutsche Regierung wird innerhalb einer Frist von fünf bis sechs Tagen antworten müssen. Auf diese Weise werden die Verhandlungen über die endgültigen Absichten Deutschlands bis zu dem Augenblick der Beendigung der Vorbereitungen zur Besetzung genau unterrichtet sein. Infolgedessen wird das militärische Vorgehen in dem wahrscheinlichen Fall einer Weigerung Deutschlands keine Verzögerung erleiden.

Der Oberste Rat wird um 5 Uhr nochmals zusammentreten und zweifellos dann in der Lage sein, einen endgültigen Beschluß zu fassen trotz der Meinungsverschiedenheiten, die zutage getreten waren. Diese Lösung soll die Fortdauer der Solidarität zwischen den Verhandlungsregierungen sichern, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die englische Flotte an der Durchführung der Zwangsmassnahmen teilnehmen wird, es müßte denn gerade sein, daß dies infolge des Bergarbeiterstreiks unmöglich würde.

Das Kompromiß, das der belgische Außenminister betrieben hat, ist nunmehr geschlossen, die Einmütigkeit der Alliierten ist, woran von vornherein kein Zweifel bestand, hergestellt. Wenn der vorstehende Bericht des offiziellen französischen Telegraphenbureaus richtig und vor allem vollständig ist, so hat die englische Politik sich gegenüber Briand doch in wesentlichen Punkten durchgesetzt. Sie hat die Absendung eines Ultimatum bewirkt und so der deutschen Regierung noch eine Gelegenheit gegeben, die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern. Briand, der die sofortige Besetzung forderte und das Ruhrrevier für zu nächst unabsehbare Zeit als Pfand für die Zahlungsverpflichtungen behalten wollte, ist damit zunächst nicht durchgekommen. Bemerkenswert ist auch, daß in diesem Bedingungsdruck. Bemerkenswert ist auch, daß in diesem Bedingungsdruck. Bemerkenswert ist auch, daß in diesem Bedingungsdruck.

men und über das gesamte Eigentum des Reiches und der Länder ohnehin einräumt.

Im übrigen stellen die Beschlüsse noch eine Verschärfung des Pariser Abkommens dar, da ihnen die Berechnung der Reparationskommission zugrunde gelegt werden. Der Pariser Gegenwartswert betrug bei Zugrundelegung einer fünfprozentigen Verzinsung 53 Milliarden, die in den 42 Jahren 226 Milliarden ausmachen würden. Dazu käme noch die zwölfprozentige Exportabgabe. Die Forderung der Reparationskommission, die einen Gegenwartswert von 132 Milliarden zugrunde legt, dürfte sich für die 36 Jahre, innerhalb deren sie erfüllt werden soll, etwa auf 280 Milliarden berechnen. Dabei bleibt die dritte Rate von 80 Milliarden abhängig von der Zahlungsfähigkeit des internationalen Weltmarktes und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, über die allerdings nach wie vor die Reparationskommission und nicht eine internationale Sachverständigenkommission, wie die deutsche Regierung es vorschlug, entscheiden soll.

Die unentschlossene und schwankende Haltung der deutschen auswärtigen Politik hat also nur bewirkt, daß die Forderungen der Entente sich beständig erhöht haben. Der Brüssel wäre es vielleicht möglich gewesen zu einem verhältnismäßig erträglichen Provisorium für die nächsten fünf Jahre zu gelangen. In London wäre es möglich gewesen, zu einem Kompromiß zu gelangen, das die Pariser Beschlüsse einigermaßen gemildert, rationaler ausgestaltet und ökonomisch erträglicher gemacht hätte. Bis zu dem Zusammentritt des Obersten Rates wäre es möglich gewesen, auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse über vernünftigeren Zahlungsbedingungen zu verhandeln. All diese Möglichkeiten sind verächtet oder veräußert worden. Jetzt steht Deutschland unter dem höchsten Zwange eines Ultimatum, dessen Frist am 11. Mai abgelaufen sein dürfte.

Die Verantwortung für diese verhängnisvollen Verhältnisse tragen die bürgerlichen und insbesondere die nationalen Parteien, die in völliger Verkennung der Machtverhältnisse aus nationalistischem Agitationsbedürfnis eine vernünftige auswärtige Politik außerordentlich erschwert und die breite Öffentlichkeit systematisch irreführt haben.

Die Stimmung in England

London, 2. Mai.

Wie der Vertreter des United Telegraph erzählt, sind es vor allem die Kreise der City, die auf Lord George einen nachhaltigen Einfluß ausüben, in der Frage der Besetzung des Ruhrgebietes nicht nachgiebig zu sein, sondern vielmehr jede Möglichkeit auszunutzen, um Deutschland an den Verhandlungstisch zu bringen. England und Italien fühlen sich von der wirtschaftlichen Festigung Europas in bedeutendem Maße abhängig. England ist, wie berichtet wird, davon überzeugt, daß Deutschland den letzten Willen hat, zu einer Einigung zu gelangen, die Berliner Regierung möchte, sagt man in der City, offenbar nur verhindern, heute neue Verpflichtungen einzugehen, die nach einiger Zeit neue Komplikationen heraufbeschwören können. Angesichts der Bereitwilligkeit Deutschlands, für die durch den Krieg verursachten Schäden aufzukommen und die Höhe der Schäden durch eine Kommission untersuchen zu lassen, von deren Neutralität Deutschland überzeugt ist, messen Londoner Bank- und Handelskreise einem förmlichen deutschen Kriegsschuldbekenntnis wenig Bedeutung bei. Es ist daher, wenigstens nach der augenblicklichen Stimmung auf der Konferenz zu urteilen, sehr wahrscheinlich, daß der Antrag Jaspars zur Annahme gelangt, und man hofft, daß Deutschland innerhalb der Frist, die ihm gestellt werden wird, jeden Schein für einen berechtigten Vormarsch in das Ruhrgebiet aus dem Wege räumen wird. Die erste Konferenz zwischen den Alliierten und Deutschland solle alsdann einen vorbereitenden Charakter tragen und an unveränderlicher Bedeutung der Konferenz von Lympe gleichzustellen sein.

Der Mobilisierungsbefehl erteilt

CC. Paris, 2. Mai.

Der französische Ministerpräsident richtete aus London eine Depesche an den Kriegsminister Borchow, in der er Auftrag gibt, die Mobilisierung des Jahrganges 1919 auszuüben. In der Zwischenzeit werden verschiedene Kavallerieabteilungen aus französischen Garnisonen an den Rhein beordert. Dort warten sie das Ergebnis der deutschen Antwort nach den 12 Tagen ab. Am dann im Falle einer Nichtannahme seitens Deutschlands in das Ruhrgebiet vorzuziehen.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in London berichtet seinem Blatt, Marshall Foch bestehe darauf, daß er die Ausdehnung des Besetzungsbereichs auf das rechte Rheinufer mindestens mit 10 Divisionen Infanterie, 2 Kavalleriekorps, 10 Tankabteilungen und einer Anzahl von Panzerbatterien und Flugzeugmaschinen unternehmen werde. Andernfalls befürchte er, daß die Besetzung zu Demonstrationen gegen die zu schwachen Streitkräfte verleitet werde und Blutsvergießen entstehen könne.

(Weitere Nachrichten zweite Seite.)

Wie hinterziehe ich Steuern?

Man muß gleich anfangs einen Unterschied machen. Wenn du Arbeiter bist oder Angestellter, so wird dir eine Steuerhinterziehung nie möglich sein. Der Arbeitgeber behält von deinem Lohn 10 Prozent ein. Für die 10 Prozent werden die bekannten Steuermarken geklebt. Kein Arbeiter oder Angestellter wird daher überhaupt je vor den Gewissenskonflikt gestellt, sein Einkommen nicht zutreffend der Steuerbehörde anzugeben. Ja noch mehr: der Arbeiter und Angestellte zahlt, da ihm die 10 Prozent von seinem Gehalt und Lohn monatlich abgezogen werden, bereits monatlich Steuern, während der Nichtarbeiter, der Nichtangestellte erst am Schluss des Jahres nachträglich seine Steuern zu entrichten hat.

Wenn du aber nicht Lohn- und Gehaltsempfänger bist, dann sind die Wege, auf denen du Steuern hinterziehen kannst, gar zahlreich. Du wunderst dich oft, daß der Inhaber großer Fabriken und Handelsunternehmungen nur mäßige Steuern zahlt. Bei den großen Einkommen, um die es sich hier regelmäßig handelt, sind nach dem Steuergebot 60 Prozent des Gewinnes als Steuer abzuführen. Du weißt als Angestellter, wie gut der Betrieb geht, wie erklecklich viel verdient wird, und du sagst dir, wenn du naiv bist, oft staunend: „Herr Gott, was für Steuern muß der Inhaber doch zahlen!“ Wenn du nicht naiv bist, zerbrichst du dir den Kopf: „Wie fängt es der Kapitalist nur an, um bei seinen großen Gewinnen der Steuer zu entgehen?“

Einiges zur Aufklärung. Von den ganz groben Formen sehen wir hierbei ab. Zweifelslos werden hundertfach Steuererklärungen abgegeben und Bilanzen der Steuerbehörde vorgelegt, in denen die Zahlen nachweisbar falsch sind; Steuererklärungen also, in denen die Steuerbehörde einfach in strafrechtlich greifbarer Weise um die Steuern betrogen wird. Doch das sind grobe Formen, deren sich große Betriebe, die mit zahlreichen Angestellten arbeiten, nur schwer bedienen können.

Bekannt ist daher folgende Form: Wenn ein Großkaufmann am Schlusse des Jahres ein Warenlager von 10 Millionen besitzt und einen Gewinn von einer Million erzielt hat, so müßte er nach dem Buchstaben des Steuergesetzes etwa 600 000 Mark als Einkommensteuer abführen. Was der Kaufmann verdient hat, ergibt am Schlusse des Jahres seine Bilanz in Verbindung mit der Inventur.

In der Inventur wird festgestellt, wieviel an Waren und sonstigen Werten im Betriebe vorhanden ist und welchen Wert sie haben. Die Waren werden dabei nicht mit dem Einkaufspreis angelegt, sondern mit dem Wert, den sie zur Zeit der Inventuraufnahme besitzen. Dieser Wert hängt wesentlich vom freien Ermessen des Geschäftsinhabers ab. Die Folge ist: Auf fast jede Ware werden Abschreibungen gemacht, d. h. die Ware wird bei der Inventur nur mit einem Bruchteil ihres wahren Wertes ausgenommen. Wenn nun in unserem Beispiel der Kaufmann auf sein Warenlager, das 10 Millionen wert ist, 10 Prozent = 1 Million abschreibt, dann steht das Warenlager nur noch mit 9 Millionen in der Inventur. Die eine Million, die den Gewinn des letzten Jahres darstellt, ist dadurch in der Bilanz glatt unter den Tisch gefallen. Verdient hat der Geschäftsinhaber zwar eine runde Million. Für die Steuerbehörde aber ist sie verschwunden.

Nun wirst du einwenden: im nächsten Jahr, wenn die Waren verkauft, und zwar mit Gewinn verkauft sind, dann muß die Million doch wieder in die Erzielung treten. Weit gefehlt! Denn du vergißt: Wenn ein Betrieb verdient hat, dann wird der Verdienst nicht auf die Bank gelegt, sondern zur Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes verwandt. Neue Maschinen werden angeschafft, neue Warenbestände erworben, mit der Folge, daß die Abschreibungen im nächsten Jahre noch im vergrößerten Maßstab vorgenommen werden können. Denn je umfangreicher ein Betrieb ist, je größer seine Warenbestände sind, um so leichter ist diese Form der Steuerhinterziehung durch Abschreibungen möglich.

Aber dem Kapitalisten sind durch die Steuererleichterung noch andere Möglichkeiten eingeräumt. Wenn du etwa Kapitalist bist und die Wege noch nicht kennst, so belehrt dich darüber der Reichsverband der deutschen Industrie, Abteilung Steuerauskunftsstelle. Der Reichsverband macht in einem besonderen Rundschreiben vom 22. März 1921 seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie bei Umwandlung ihrer Unternehmungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaften enorme Steuerbeträge ersparen können und daß sie daher dumme Kerle seien, wenn sie es nicht täten. Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften sind sogenannte juristische Personen. Als juristische Personen unterliegen sie einer anderen Besteuerung als die Einzelpersonen. Während eine Einzelperson oder eine offene Handelsgesellschaft von ihrem Einkommen bis 60 Prozent an Steuern zu zahlen hat, beträgt die Steuer für die beiden genannten Gesellschaften nur 10 Prozent, gleichgültig wie hoch der Gewinn ist, den das Unternehmen abwirft. — Hinzu kommt noch ein geringfügiger Zuschlag, der hier nicht weiter interessiert.

Diese merkwürdig geringe Besteuerung der juristischen Personen beruht auf folgendem Gedankengang des Gesetzgebers:

Unruhige Stimmung in Oberschlesien

Streik im Grubenrevier

Am Sonntag wurde in Oberschlesien die Meldung verbreitet, daß die Interalliierte Kommission ihren Bericht über die Abstimmung in Oberschlesien abgefaßt und an den Obersten Rat nach Paris geschickt habe. Die oberschlesische „Grenzzeitung“, ein in deutscher Sprache erscheinendes polnisches Organ, teilte in einem Extrablatt mit, daß der Bericht den Vorschlag enthalte, nur die Kreise Kattowitz und Pleß, sowie den östlichen Teil des Kreises Kattowitz den Polen zuzusprechen, dagegen alles übrige bei Deutschland zu lassen. Ob diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, ist noch nicht festzustellen, da die Interalliierte Kommission offiziell noch nichts bekanntgegeben hat. Immerhin scheint sich der Polen eine heftige Unruhe bemächtigt zu haben, denn sie hatten damit gerechnet, daß die sogenannte Korfantski-Linie festgesetzt werde, wonach fast ganz Oberschlesien rechts der Oder an Polen falle.

Am Montag ist in einer Anzahl oberschlesischer Kohlengruben ein Streik ausgebrochen, der in Verbindung mit dem angeblichen Beschluß der Interalliierten Kommission stehen soll. Zum Teil wurden die Gruben von interalliierten Truppen besetzt. Wie die deutschen Blätter in Oberschlesien behaupten, seien für Dienstag, den 3. Mai, dem Jahrestag der polnischen Verfassung, Unruhen zu erwarten.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß jeder Spruch der Alliierten, ob er nun für Deutschland oder für Polen günstig ist, die nationalistischen Leidenschaften aufs neue aufstacheln werde. Es gab nur ein Mittel, um das zu verhindern, und das war eine Verständigung über Oberschlesien, die zwischen Deutschland und Polen hätte direkt erfolgen müssen. Dieser Weg ist aber weder von der einen noch von der anderen Seite beschritten worden. Auf jeden Fall müssen wir von der deutschen Regierung verlangen, daß sie die nationalistischen Treibereien unterbinde, die den Beginn eines Revanchefeldzuges gegen Polen, unter dem Deckmantel der Abwehr angeblicher polnischer Angriffsabsichten, vorbereiten wollen.

Die Ausdehnung des Streiks

(A. L. B.) Kattowitz, 2. Mai.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten befinden sich bis heute nachmittag etwa 80 Prozent sämtlicher Gruben des oberschlesischen Industriebezirks im Streik. Von 240 000 Arbeitern streikten etwa 190 000. Mit Ausnahme der Gruben Nordfeld und Agnesgrube wird im Bezirk der Bergwerksinspektion I gearbeitet. Auch an der Gräfin Lauragruhe, der Fürstengruhe und der Heinrich Gluckgrube ist die Arbeit bisher aufrechterhalten worden. Von den Erzgruben und Zinkhütten streikten die Schillerhütte bei Kattowitz, die Kunigundenhütte bei Bogutschütz, sämtliche Erzgruben und Zinkwalzwerke der Hohnloher Werke sowie die Gieschgruben. Mit Ausnahme der Eichenhütte Ferrum im Bezirk Schoppinich wird auf allen Eishütten gearbeitet. Es ist im Laufe des Tages vielfach festgestellt worden, daß ein großer Teil der Streikenden den Grund des Streiks überhaupt noch nicht kennt. Zahlreiche Berg-

arbeiter, die zum Feiern gezwungen waren, äußern ihre lebhafteste Mißbilligung über den Streik.

Die Streiklage im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat sich bis in die Abendstunden hinein verschärft. Von 62 Gruben streikten 55. Nachmittags traten auch die Arbeiter der Guldosthütte in der Schlesiengruhe in den Streik. Auf den übrigen Hütten wird gearbeitet. Es macht sich immer mehr bemerkbar, daß der Streik durch die beunruhigenden Nachrichten der „Grenzzeitung“ veranlaßt ist. Die zu den einzelnen Schichten erschienenen Arbeiter wurden unter Hinweis auf diese Nachrichten zum Streik aufgefordert und Arbeitswillige von der Arbeit ferngehalten. In Karz und Bobret wurden die Eisenbahnbeamten aus den Bureaus verjagt; die Karzer Beamten schickten in die Nachbarstadt Beuthen. Apo wurde beauftragt, die Bahnhöfe zu besetzen, so daß in den Nachmittagsstunden der regelmäßige Zugverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Im gesamten Gebiet beobachtet man hier und da Ansammlungen größeren Umfanges, doch ist es bisher nicht zu Ausbreitungen gekommen.

Die Forderungen der Streikenden

Kattowitz, 2. Mai.

Auf der Konfordinagruhe erklärten die Arbeiter dem französischen Kreisinspektor auf dessen Frage nach ihren Forderungen, sie würden solange im Ausstand bleiben, bis 1. der Artikel der „Grenzzeitung“ widerrufen sei (gemeint ist wohl die Nachricht der „Grenzzeitung“ über den angeblichen Beschluß der Interalliierten Kommission an den Obersten Rat über die Teilung Oberschlesiens), 2. die entlassenen Arbeiter auf der Gleiwitzgrube wieder eingestellt seien, 3. Direktor Wienacker aus der Gleiwitzgrube entsetzt sei.

Ein Dementi der Interalliierten Kommission

Oppeln, 2. Mai.

Die Interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt: Weil einige Zeitungen berichteten, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung wegen der Abstimmung in Oberschlesien zu ziehenden Grenze bereits getroffen hätten, teilt die Interalliierte Kommission mit, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehrt.

Verstärkte Maßnahmen

Da man auch in den Kreisen der Interalliierten Kommission annimmt, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der durch die bekanntgewordene angebliche Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens veranlaßt ist, wurden Umzüge, die gestattet waren, falls sie ohne Fahnen und Inskriptafeln stattfänden, heute verboten, so daß den Polen die Möglichkeit genommen ist, die für den morgigen Erinnerungstag an die polnische Konstitution vorgesehenen Feiern mit Umzügen zu veranstalten. Auf Veranlassung der Interalliierten Kommission wurde in der Druckerei der „Grenzzeitung“ und auf den Postämtern die Ausgabe des „Goniec Slonik“, der einen Artikel mit einer Beschuldigung der deutschen Industriellen veröffentlicht, beschlagnahmt.

Angriff auf das Koalitionsrecht

Streik der Tiefbauarbeiter

Seit dem 3. April stehen die Berliner Tiefbauarbeiter im Streik. An der Bewegung beteiligt sind der Deutsche Bauarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer. Die Mitglieder beider Organisationen kämpfen seit Wochen einen ungeheuer schweren Kampf gegen ein hartnäckiges Unternehmertum. Die Herren Unternehmer sitzen auf einem sehr hohen Ross. Ihrer Unnachgiebigkeit gegenüber den bescheidenen Lohnforderungen der Streikenden ist es zu danken, daß die im Kampfe stehende Arbeiterklasse am vorigen Dienstag beschließen mußte, auch die Kantonsarbeiten, die wochenlang mit peinlicher Gewissenhaftigkeit ausgeführt worden sind, einzustellen. Der Kampf droht somit schärfere Formen anzunehmen und die gesamte Arbeiterschaft hat auf was sorgfältigste darüber zu wachen, daß jede Behinderung der Kämpfenden durch Streikbruch oder ähnliche Dinge unterbleibt. Feste Solidarität ist hier dringend geboten.

Aber noch eine andere Erscheinung macht diese Streikbewegung zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft. Der Unternehmer Ziegler in Firma Wilhelm Bruch, der in der Jungfernheide eine Baustelle betreibt, hat es mit Hilfe seines Rechtsanwalts Mathias fertiggebracht, vom Landgericht I eine einstweilige Verfügung zu erwirken, die einen gesetzlichen Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter darstellt. Nach dem uns vorliegenden Original geht die einstweilige Verfügung dahin:

Den bezeichneten Verbänden wird unterjagt, auf der Baustelle der Antragsstellerin in der Jungfernheide:

Streikposten aufzustellen, durch diesen oder in anderer Weise die Fortsetzung der Arbeit in den Betrieben der Antragsstellerin zu behindern, insbesondere Arbeitswilligen von der Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme ihrer Arbeit durch Gewalt oder Drohungen abzuhalten, sowie die Baustelle der Antragsstellerin zu betreten oder Arbeitswillige bei dem Auffuchen ihrer Arbeitsstelle oder deren Verlassen zu belästigen.

und zwar bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 3000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung.

Unterzeichnet ist die Verfügung von den Herren Sudow, Pleßow und Zielentzler. Es ist ein Skandal, daß Justizbeamte es wagen, in solcher Weise offen gegen Verfassung und Recht zu verstoßen. Fälle dieser Art häufen sich, und es ist darum nicht nur notwendig, daß diese Gesetzwidrigkeit in diesem einzelnen Falle sofort rückgängig und unwirksam gemacht wird, sondern wir fordern, daß die Regierung, die für die Beachtung der Verfassung durch die Behörden verantwortlich ist, den Herren Justizbeamten sofort die notwendigen Weisungen erteilt, damit derartige Dinge für die Zukunft unterbleiben. Genügt das nicht, wiederholen sich derartige Verstöße trotzdem, dann ist es nicht länger zu dulden, daß Verstöße der politischen Grundgesetze des Reiches unbehelligt in ihren Kernern verbleiben, damit sie ihr verfassungswidriges Treiben fortsetzen können.

Woher aber nimmt der Unternehmer überhaupt den Mut zu einem solchen Versuch zur Beseitigung des Koalitionsrechts? Die Antwort darauf gibt uns das Verhalten der sogenannten Mitglieder der „revolutionären Betriebsorganisation“. Die in Frage kommende Baustelle auf der Jungfernheide ist mit dreihundert Exemplaren dieser Zeitung besetzt.

Diese Revolutionäre haben sich von Anfang an geweigert, an der Lohnbewegung teilzunehmen. Als die freigewerkschaftlichen Arbeiter in den Streik traten, haben sie erklärt, daß sie — „revolutionär“, wie sie nun einmal sind — „den Betrieb besetzen“ werden. Es kam zu einem Rabau auf der Arbeitsstelle, bei dem der Unternehmer Sipo zu Hilfe rief. Aber es dauerte nicht lange, dann gelang es dem Unternehmer, die Revolutionäre zum Stillschweigen zu bringen. Sie nahmen die Arbeit auf und seitdem betreiben sie — offenen Streikbruch.

Die revolutionäre Methode war also nur eine Maschade, aufgeführt zu dem Zweck, die eigentliche Absicht der Gesellen von der B. D. zu verdecken. Als die revolutionäre Maschade, kam ungeniert die gelbe Frage zum Vorschein. So sieht die Gesellschaft aus, die den um bessere Löhne kämpfenden Arbeitern in den Rücken fällt und dadurch dem Unternehmertum den Mut gibt, derartige Streiche gegen die Koalitionsfreiheit zu wagen. Nun stehen diese selbstamen „Revolutionäre“ unter dem Schutz der Justiz des Klassenstaates, die sie als Arbeitswillige vollkommen richtig wertet und ihre „Beschäftigung“ und Beobachtung durch Streikposten verbietet.

Die Aufhebung der Ausnahmegerichte

Ein Protest der freien Gewerkschaften

Die Unabhängige Partei hat die von der Reichsregierung am 29. März erlassene Verordnung über die Einsetzung von Ausnahmegerichten vom ersten Augenblick an entschieden bekämpft. Sie hat sofort im Reichstage den Antrag gestellt, die Verordnung aufzuheben. Sie hat aber ferner auch sofort die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften zu Protestaktionen zu veranlassen gesucht. Die daraufhin stattgefundenen Beratungen mit den Gewerkschaften zeigten denn auch das Ergebnis, daß die Vorstände des A. D. G. B. und des Afa-Bundes zugaben, sich für die Aufhebung der Ausnahmegerichte einzusetzen. Das ist auch geschehen. Der damals eingereichte Protest hat nach dem Bericht in dem Mitteilungsblatt eines Angehörigenverbandes im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat am 29. März d. J. aus Anlaß der kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland und anderen Reichsteilen eine Verordnung erlassen über die Bildung außerordentlicher Gerichte für bestimmte schwere Vergehen. Diese Gerichte entscheiden ohne gerichtliche Vorunterlegung binnen 24 stündiger Frist nach Zustellung der Ladung. Gegen ihre Entscheidung ist keine Berufung zugelassen. Eine etwaige Todesstrafe ist zu vollstrecken, wenn der Reichspräsident sich entschlossen hat, von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen.

Eine Wiederaufnahme des Verfahrens durch das ordentliche Gericht findet statt, wenn zugunsten des Verurteilten Tatsachen oder Beweismittel vorgebracht werden, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren zu prüfen.

Die Einsetzung von Sondergerichten ist mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Erledigung der massenhaften Verbrechen und Vergehen aus Anlaß der Märzunruhen begründet worden. Gegen eine solche Beschleunigung wäre an sich nichts einzuwenden, insbesondere auch nicht im Interesse der Verhafteten, denen dadurch vielleicht eine monatelange Untersuchungshaft erspart werden könnte. Aber hier soll die Beschleunigung des Verfahrens durch eine summarische Aburteilung erreicht werden, bei der wesentliche Rechtsgarantien außer Kraft gesetzt werden.

Wenn wir auch nach aller bisherigen Erfahrung nicht überzeugt sind, daß im ordentlichen Gerichtsverfahren die Beurteilung der Verbrechen einen milderen Richter finden würde, so läßt doch die Einengung in der Geltendmachung der Entlastungsbeweise und die kurze Vorbereitungszeit für die Verteidigung ein Gefühl der Rechtsunsicherheit aufkommen, für das in einem republikanischen Staat kein Anlaß gegeben werden darf.

Gewiß soll das an den Märzunruhen hervorragend beteiligte Verbrechen die volle Schwere des Gesetzes treffen, nicht bloß die gemeinen Mörder, Räuber und Brandstifter, sondern auch die politisch firmierenden Verbrecher, die ihr Treiben mit dem Namen des revolutionären Klassenkampfes schmüden. Aber unter den Verhafteten befinden sich auch Arbeiter, die ideell mit diesen Verbrechern nichts gemein hatten und deren Anteilnahme an den Unruhen teils eine zufällige, teils eine erzwungene war. Hier sind Fehlurteile möglich, die sowohl im Interesse der Angeklagten wie auch aus allgemeinen Gründen vermieden werden müssen.

Die unterzeichneten Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erheben deshalb im Namen der von ihnen vertretenen Mitglieder Einspruch gegen die Verordnung vom 29. März 1921 und fordern deren baldigste Wiederanshebung.

Nachdem nun seit dieser Protesterklärung der freien Gewerkschaften wiederum einige Wochen ins Land gegangen sind, und die damals geforderte Aufhebung der Verordnung noch immer nicht erfolgt ist, vielmehr Tag für Tag eine für jedes Rechtsempfinden unerträgliche Klassenjustiz hunderterte von Proletariat in der ungeheuerlichsten Weise aburteilt, halten wir es für die unerlässliche Pflicht der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, ihren Forderungen auch den nötigen Nachdruck zu verleihen. Kein Arbeiterführer kann es verantworten, sich gegenüber der Justiz weiterhin abwartend zu verhalten.

Gegenüber den zahlreichen ungeheuerlichen Fehlurteilen und der offensibaren Neigung der Reichsregierung, auch an mehr oder weniger Unschuldigen Rechtsjustiz üben zu lassen, kann es nicht genügen, sich auf eine Eingabe zu beschränken. Die Arbeiter, besonders die an den Putzen völlig unbeteiligten, haben vielmehr ein Recht darauf, in dieser wichtigen Angelegenheit, die das ganze Proletariat betrifft, eine aufs höchste gesteigerte Aktivität der Gewerkschaftsvorstände zu erwarten.

Hölzianer bei der Sipo

Während des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland ist viel Entschliches geschehen. Die Räubereien sind aber nicht ausschließlich auf das Konto der Sipo-Garde zu setzen, soviel Schlimmes von dieser auch verübt worden sein mag. Wir wissen aus Erfahrung, daß sich während der Kämpfe, die sich im Verlaufe der Revolution abspielten, sehr oft auch die bewaffnete Macht zu Ausschreitungen und Plünderungen hinreißen ließ, die dann den Arbeitern zur Last gelegt wurden. Auch unter der Sipo gibt es solche verbrecherischen Elemente, auch von ihr sind während des mitteldeutschen Putzsches Taten verübt worden, die mit aller Rücksichtslosigkeit gebrandmarkt werden müssen. So hat sich zum Beispiel in der Nacht vom 13. bis 14. April in Halle bei Halle folgender Fall ereignet:

Zwei Sipo-Soldaten, Franke und Hundt, drangen in das Haus des Privatiers Wader ein, unter dem Vorwand, nach versteckten Waffen zu suchen. Sie holten den Haushälter aus dem Bette heraus und verlangten von ihm, unter Drohung mit Erschießen die Herausgabe von 85 000 Mark. Herr Wader versicherte, daß er nur 90 Mark Bargeld in seinem Besitz habe. Daraufhin wurden alle Kisten und Kästen nach Geld und Wertpapieren durchsucht und schließlich Schmuckstücke im Werte von 6000 Mark „beschlagnahmt“. Herr Wader sollte den Räubern dann noch einen Scheck auf sein Bankguthaben ausstellen, was aber nicht geschah. Erst bei Tagesgräulichkeit verließen die uniformierten Diebe das Haus. Der Verarmte stellte Strafanzeige und der Kriminalpolizei in Halle meldete es, die Täter festzunehmen.

Wir sind weit davon entfernt, diesen Vorfall etwa zu verallgemeinern. Wir wissen, daß es unter der Sipo sehr viel anständige und brave Leute gibt, die auch von den Ausschreitungen gegen die Gefangenen mit aller Deutlichkeit abgetrennt sind und sich selbst von allen Brutalitäten ferngehalten haben. Aber die bürgerliche Presse war bemüht, die Sipo als ein Heer von launier Unschuldigen hinzustellen, und das geht nicht an, wie der vorstehende Fall zeigt.

Die zweite Sendung von Milchfäßen angekommen. Am Sonntag ist der Dampfer „West-Arrow“ mit dem zweiten Transport von 718 amerikanischen Milchfäßen und 70 Käse in Bremen angekommen. Die Tiere nebst dem nötigen Kraftfutter sind diesmal hauptsächlich von deutsch-freundlichen Farmern in Dakota, Iowa und Wisconsin geschenkt worden, in erster Linie zur Verwendung in Wohlfahrtsanstalten.

300 000 Deutsche sind aus den abgetretenen Gebieten ausgewandert. Nach amtlichen Feststellungen des Posener Ministeriums sind bisher aus den ehemals preussischen Provinzen Polen und Westpreußen rund 300 000 Deutsche ausgewandert.

Zum deutschen Geschäftsträger in Warschau ist als Nachfolger des Grafen Oberndorff der Botschaftsrat a. S. Schoon ernannt worden.

Ausschneiden!

Druckfache
 im die
 Hauptexpedition der „Freiheit“
 Berlin G2
 Breite Straße 8-9



Sensationell billig

Obertassen Porzellan, mit verschiedenen Kantendekoren und Goldrand **1 1/4**

Kaffeetassen Porzellan, mit Untertassen und Goldrand **2 9/5**

Kaffeetassen Porzellan, mit Untertassen, große Form, Veilchenkante und Goldrand **2 9/5**

Teetassen Porzellan mit Untertassen und Goldrand ... **2 9/5**

Essig- od. Oelflaschen verschiedene Ausführungen . **95 Pfl.**

Vorrats-Tonnen mit Deckel, weiß oder bunt **1 9/5**

Bierbecher mit verschmolzenem Rand .. **1 9/5**

Teebecher mit Schliiff **1 9/5**

Glasteller Diamantmuster **85 Pfl.**

Untertassen weiß oder dekoriert **55 Pfl.**

Obertassen große orm **95 Pfl.**

Wasserkannen große Form creme oder bunt **9 1/5**

Waschbecken große Form, creme **19 7/5**

Suppenterrinen mit Deckel, für 12 Personen **29 7/5**

Roh-Nessel kräftige Qualität Me.er **8 7/5**

Hemdentuch kräftiges Gewebe Meter **8 7/5**

Krepon in vielen Farben Meter **8 9/5**

Perkal für Oberhemden Meter **9 7/5**

Blusenstoff Halbwole, helle Streifen Meter **14 5/5**

Pa.lette reine Seide, viele Farben Meter **29 5/5**

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr:
Nach Damaskus II. u. III. Teil
Neues Volkstheater
Abend 8 Uhr:
Nora
Staatstheater.
Opernhaus
8 Uhr: **Osborne**
Schauspielhaus
10 Uhr: **Die Sterne**
Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Am 1. Male:
Pottsch und Verlobter
Kammerspiele
10 Uhr: **Die Sterne**
Großes Schauspielhaus
8 Uhr:
Ein Sommerabstrich
(Aber Abonnement)
Theater 1. u. 2.
Königsgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr: Das Schauspiel:
Rugby
(Steinrück, W. Bauer, Bitter,
Wolter, Warba, Datz, Schlegel)
Komödienhaus:
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Sache mit Cola
mit Max Falkenberg
Berliner Theater:
Abend 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER
Hilde Wöner, Rudi Richter,
Hilfer, Ulli Giesl, Gerb. Wier,
Paul Heibel
Komische Oper
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mit-Heidelberg
Oper von Pechyrot

Leising-Theater
Direkt.: Victor Barnowski
7 1/2 Uhr:
Von Morgens bis Mitternachts
Neue Aufführung!
Mittwoch u. Donnerstag 7 1/2, 11.
Spenden.
Soffen, Richter, Abel, Ode, Eos
Freitag 7 Uhr: Beer Quart
Deutsch. Städt. Theater
Abend 7 1/2 Uhr:
Die selbige Erzelieng
(Khalber, Junkermann, Käfer)
Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Rufen
von Hermann Sudermann
(Olga Limburg, Carola Forst,
Rabe Haack, Feikenstein)
Ballentin, Schrott, Wendom
Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Marie Höflich,
Udo Grüning, Ed. Edgar Wied)
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Aus ein Traum**
Lustspiel von Paul Schmidt
(Olga Limburg, Eugen Burg)
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Theater
am Rollendorflay
7 Uhr:
Der Better aus Dinashu
Rosa-Theater
7 1/2 Uhr:
Nur nicht drängeln
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsstelle

1/8 Casino-Theater
Bollrich & Sohn
Stg. 3 1/2, Uhr: Höbenqualen

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Naturalistische
Neuzeit
Im Reiche der Venus
und weitere 10 Sen-
sationen.

Residenz-Kasino
Damenstraße 10
Täglich:
Großer
Witwenball

Theater a. Kottbus, Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2, Uhr und zu
halben Preisen Sonntags
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Neues Programm!
Vorverk. 11-1 1/2, und 4-6 Uhr.

METROPOL
VARIETE-KABARETT
Damenstraße 24
Täglich 7 1/2, Uhr:
Max Hansen
3 Cartellas
Hugo Römer
Ily v. Andras
2 Georgis
Ma y's 5 Tanzgirls
2 Orenses
Gebr. Alexander
Morues
Frank Seiffert
Otti Da-ner & Hans
Friedrichs
Helen Carlotta

Luna-Park Halensee

Wiedereröffnung nachmittags 2 Uhr Himmelfahrt

Aufsehenerregende neue Attraktionen

CIRCUS BUSCH

Der größte Erfolg der Hamburger Circus-Bühne-Spielzeit 1920.

Die Verlierer Hengste.
Das Sarpedon - Ballett zu Pferde.
Hohe Schule auf Goldfischen
Mit Karla Kohnke.

Der kluge Hans* der denkend König, rechnet mit dem Primarr.
Liana Jany lassen und ihre wunderbaren Sprünge.
Der Japane-Meister Japantische Bühnenkunst.

Das gewaltige Manège - Schaustück "Krone und Fessel" in 6 herrlichen Bildern

In der Johannes Riemann der beliebte Berliner Künstler und Filmstarler "Das Kriegsgesicht", "Die Vergeltung", "Der große Fechtakt", "Das Wundertier", 50 Tänzerinnen.

Sonntags u. Feiertags 1 gr. Vorstellungen 3 u. 7 1/2 Uhr. Nachm. zahlen Kinder auf all. Sitzplätzen halbe Preise.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schlichter
Max Faulhaber
am 28. April. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Mai, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Richters in der Hermannstraße aus statt.
Die Arbeiter
Anna Klausch
gest. 27. April. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Mai, nachm. 5 Uhr, im Krematorium, Westliche, statt. Bitte Beteiligung nicht versäumen.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:
Der Arbeiter
Max Horiozemak
Spanien, Schiffsbr. 4, am 28. April.
Der Schlichter
Emil Kluge
am 28. April.
Eure ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Anna Flasche
Die Einsegnung findet am Mittwoch, den 4. Mai, nachm. 5 Uhr in Genshewitz, statt.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Albert Flasche

Ausschneiden!

Ein Exemplar der **zwei in 1** täglich erscheinenden Zeitung **"Freiheit"**

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit der wöchentlich einmal erscheinenden illustrierten Unterhaltungsbeilage **"Freie Welt"**

zum Preise von **Mk. 10.** — monatlich, **Mk. 5.** — halbjährlich, bei freier Zustellung ins Haus

Strohstr.: 91t.
Strober.: 91t.
Strober.: 91t.
Strober.: 91t.

Diesem Belegchen bitten wir an die Hauptredaktion, Berlin G 2, Breite Straße 88b, einzufenden.

Trauringe

Engrospreisen direkt ab Fabrik.

1 Trauring, 500 gelteppelt	75 Mk.
1 Trauring	55
1 Trauring	33

Wir fertigen nur maßliche Trauringe ohne Ritzung

Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Brunnenstraße 41.
Kontor und Verkaufsstelle dort 1. Trepp.

Kapitän-Kautabak
wieber reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Köber, Berlin, Vildtenberger Str. 22. Ref. 1061

100-g-Tafel 3.30
Brot und Tafel in Creme, Milch, Kokosmilch, Schmirz und Gebäck, 50 u. 100 g

Schokoladenplättchen und Stangen

Schneider, Rodenbergsstr. 9
Seifenhändler!!
Kern- und Spilleisen,
Wasserpumpen, Feuerlöcher,
Pumpenhandgriffe, Feuerlöcher,
Seifenpumpen (mit Packungen),
Schrauben etc. mein Lager 10-7,
Sonntag 8-11.
Hampe, Brunnenstr. 182 (Hof)

Nervöse!

Schlechte Laune, Unruhe, Erregungen, Herzschmerzen werden behoben durch **Heidel's Waltraum** aus heilbaren Pflanzen. Die natürliche Medizin zur Beseitigung von Nerven, Bl. 10.25 Otto Heide, Berlin 40, SO., Eisenbahnstr. 4.

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Ableben meines geliebten Mannes, unseres Gatten, Bruders, Schwagers und Onkels
Alber Knapp
Eure liebevollsten
Emilie Knapp u. Kinder

B. FEDER

Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottenstr. Scharrenstr. 5

KREDIT unter günstigsten Zahlungsbedingungen Anzüge Paletots Schlüpfer Hummel - Mäntel, Knaben - Anzüge	Neu aufgenommen: Teppiche Gardinen Decken in grosser Auswahl Komplette Wohnungs-Einrichtungen	KREDIT unter günstigsten Zahlungsbedingungen Kleider Kostüme Mäntel Hosen - Röcke Mädchen - Kleider
--	--	--

Altmetalle

ständig gekauft
Schönhauser Allee 60 (am Ringh.) Tel. Humbold 3304

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Schützenstraße 37/38 Filiale Berlin Schützenstraße 37/38

Achtung! Achtung!
Uniform-Lieferungs-Schneiderei
Mitgliederversammlung
Hr. Schneider, Näherinnen und Zeichner des am Dienstag, den 3. Mai 1921, abends 7 Uhr, bei Wille, Schützenstraße 38.

Tagesordnung:
1. Bericht von den gewählten Vorständen mit den Abteilungsberichten.
2. Verhandlung der Angelegenheiten und Beschlüsse.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitten wir, für guten Besuch zu sorgen.
Mit Hochachtung über sehr rechtlichen: ohne dies ist mehr als 5 wählende Wochenspenden keine Chance.
Die Vorstandleitung.

Wanzen weg, wie deren Brut
solltet vertrieben nur Sommerlager Verg's Alkoholl Erfolg vertrieben. Richtig, eigen, Dankeschön, o. überbr.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Schützt in allen Dringlichkeiten und Krankheiten auch bei familiären Wanzenbissen. H. Weidmann, auch erhältlich von Hermann N. Gravel, Berlin, Königsgräber Straße 10.

Die Volksgefundheit

Deutschland ist nicht krank, wenn es sich darum handelt, die Kapitalisten für wirtschaftliche oder vermeintliche Nachteile zu entschädigen, die sich durch eine Störung ihres Unternehmens infolge des Krieges erlitten haben. Verlangen aber Arbeiter oder Angestellte das Notwendige zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit, dann tritt das Reich als Bettler auf, der mit kläglicher Miene keine leeren Hohlentwürfe wendet.

Zu den Dingen, für deren Förderung das Reich wenig oder kein Geld hat, gehört die Volksgefundheit. Es braucht nicht erst lange auseinandergelegt zu werden, welche verheerenden Wirkungen der Krieg unmittelbar und mittelbar auf die Volksgefundheit ausgeübt hat. Die unmittelbaren Folgen des Krieges zeigen sich an denjenigen, die mit verstümmelten Gliedern oder zerstörter Lebenskraft zurückgekommen und mehr oder weniger erwerbsunfähig sind. Zu den mittelbaren Folgen gehört die Unterernährung derjenigen, die während des Krieges zu Hause mit Hilfe des Brotkartenstems zu dauerndem Hungern verurteilt waren. Diese Hungernden waren lediglich in den Reihen der kleinen und mittleren Beamten, der Angestellten und Arbeiter zu finden, wogegen das wohlhabende und reiche Bürgertum sich für kein Geld in unbeschränktem Maße alle möglichen Lebensmittel kaufen konnte.

Der Gesundheitszustand des arbeitenden Volkes kann also gegenwärtig nicht gut, sondern er muß schlechter sein als je. Die kapitalistische deutsche Republik tut freilich so, als ob das die gleichgültigste Sache von der Welt wäre. Wenn die Herren Stinnes usw. Kohlen für die Entente abliefern, dann beizt sich die Republik, sie ihnen teuer zu bezahlen. Weil die Reeder infolge des Krieges Schaden gehabt haben, macht die Republik für deren Säckel Milliarden über Milliarden flüssig. Der Gedanke aber, sich nun auch in entsprechender Weise um die Volksgefundheit zu kümmern, kommt den herrschenden Gewalten unseres „freiesten Landes der Welt“ gar nicht in den Sinn. Man hat ja die Arbeiter-Invalidenversicherung und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Nach der Reichsversicherungsordnung haben die Versicherungsanstalten, d. h. die Träger der Invalidenversicherung für die Arbeiter, die Möglichkeit, ein Heilverfahren für diejenigen ihrer Versicherten anzuwenden, bei denen es geeignet erscheint, eine frühzeitige Erwerbsunfähigkeit und einen dementsprechenden Rentenbezug zu verhindern. Die Kosten für diese Heilverfahren sind nach dem jetzigen Papiergelde viel höher als vor dem Kriege, wie auch sonst alle Kosten der Versicherungsanstalten gestiegen sind. Wohl sind auch die Beiträge für die Invalidenversicherung seit 1916 ganz bedeutend erhöht worden, diese werden aber vorzugsweise für die im einzelnen noch immer sehr niedrigen Renten in Anspruch genommen. Infolgedessen denken die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung an das Sparen. An den Zwangsleistungen, d. h. den niedrigen Renten, kann nach den Vorschriften des Gesetzes nicht gespart werden. Man denkt deswegen daran, die Heilverfahren einzuschränken, die bisher für die Versicherten oder deren Witwen gewährt worden sind. Es ist daher von einer Seite der Vorschlag gemacht worden, die gesetzgebenden Körperschaften möchten diesen Versicherungsanstalten gestatten, für das Heilverfahren besondere Beiträge zu erheben.

Dieser Vorschlag geht bewußt oder unbewußt von dem Grundgedanken aus, das Reich habe nicht die Verpflichtung, für die Volksgefundheit durch finanzielle Maßnahmen zu sorgen, es liege diese Sorge vielmehr einestheils der Invalidenversicherung für die Arbeiter und anderenteils der Angestelltenversicherung für die Angestellten ob. Dieser Ansicht kann nicht gefolgt werden. Für die Ausgaben, die die Heilverfahren erfordern, muß das Reich herangezogen werden und zwar um so mehr, als gerade die Heilverfahren infolge des Krieges im allgemeinen notwendiger und im einzelnen teurer geworden sind. Man kann sich unmöglich auf den Standpunkt stellen, diese Kriegskosten zu tragen sei allein Sache der versicherten Angestellten und Arbeiter. Wo die Versicherungsanstalten weiterer Mittel bedürfen, um das Heilverfahren in der bisherigen Weise durchzuführen, muß das Reich eingreifen, nachdem es seit 1914 die Kriegskosten für die Wiederherstellung der Gesundheit der Kriegsteilnehmer zum erheblichen Teil auf die Invalidenversicherung abgewälzt hat. Man wird sogar infolge der verschlechterten Volksgefundheit die Forderung erheben müssen, daß das Reich soziale Mittel bereitstellt, um die Heilverfahren in noch umfangreicherer Weise als bisher durchzuführen zu können.

Die Angestelltenversicherung, die erst seit dem 1. Januar 1913 in Kraft ist, ist durch den Krieg verhältnismäßig weniger belastet worden, als die Invalidenversicherung der Arbeiter.

Der erwähnte Vorschlag, den Invaliden-Versicherungsanstalten der Arbeiter zu gestatten, besondere Beiträge für das Heilverfahren zu erheben, wird nicht zu dem gewünschten Ziele führen. Abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, die eine solche Zersplitterung des Versicherungswesens durch Zwangsbeiträge und Sonderbeiträge hervorruft, ist es ja auch selbstverständlich, daß die Unternehmervertreter in den Versicherungsanstalten alle Hebel in Bewegung setzen würden, um die Erhebung solcher besonderer Beiträge abzuwenden. Diese Unternehmer würden ferner auch, wenn das Heilverfahren auf solchen Sonderbeiträgen beruht, alles versuchen, um die Zahl der zu gewährenden Heilverfahren zu beschränken, damit verhindert wird, daß eine Notwendigkeit eintritt, solche Sonderbeiträge zu erheben.

Um dem vorzubeugen, daß die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung die Gewährung von Heilverfahren einschränken, wird es zweckmäßig sein, sie erstens durch ein Recht zu verpflichten, die Heilverfahren mindestens in dem bisherigen Umfang weiterzugewähren. Zweitens wird das Reich den Versicherungsanstalten Zuschüsse gewähren müssen, die entweder der seit 1914 eingetretenen Verteuerung aller Heilverfahren oder der Zahl der von den Versicherungsanstalten im Heilverfahren behandelten oder noch zu behandelnden Kriegsteilnehmer entsprechen.

Der Verfall der U.S.P.D.

Zunehmende Verelendung das Ergebnis der kommunistischen Taktik

Die Verhandlungen des Bezirksparteitags der U. S. P. D. für Rheinland-Westfalen, der in Düsseldorf tagte, lieferte den offensichtlichen Beweis, welche Verwirrung in den Reihen der Kommunisten infolge des Märzaustrittes herrscht, wie weit der Zerlegungsprozeß bereits fortgeschritten ist und welchen Umfang die Massenflucht aus den kommunistischen Organisationen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes angenommen hat.

Allerdings machten sich schon vor dem vorangegangenen Märzpartei die Zerlegungserscheinungen bemerkbar. In Duisburg, in Hamm, in Mülheim-Ruhr, die im Jahre 1919 kommunistische Organisationen mit Tausenden von Mitgliedern hatten, war seit Mitte vorigen Jahres ein merkwürdiges Abflauen festzustellen, und die Spaltung in Halle hatte dort nur einen kaum nennenswerten Zustrom gebracht. In Duisburg zählte beispielsweise vor dem Märzpartei die kommunistische Organisation kaum so viele Hunderte Mitglieder wie im Jahre 1919 Tausende. Auch in Hamm und Mülheim-Ruhr war ein harter kämpferischer Rückgang zu verzeichnen. Hingegen brachte die Spaltung von Halle den kommunistischen Organisationen in Bochum, Dortmund, Essen, Remscheid, Hagen, Solingen, Hülls, Waldgroden, in anderen Städten einen immerhin nennenswerten Zuwachs. Auch verschiedene Blätter der U. S. P. kopierten die Kommunisten. Kurz, Rheinland-Westfalen war neben Mitteldeutschland die kommunistische Hauptposition.

Sie war es, aber sie ist es nicht mehr, denn das kommunistische Volkswort in Rheinland-Westfalen zerbröckelt. Die Ernüchterung hat eingeleitet, und mit der Ernüchterung die Erkenntnis, daß die kommunistische Taktik die Totengräberin der revolutionären Arbeiterbewegung ist. Was die Kommunisten erzielten, soweit die Arbeiter ihren Parolen im Rheinland folgten, ist die Produktionsminderung tapferer Arbeiter. „In unserem Bezirke haben die Klassen eingegriffen, und heute liegen sie auf der Straße“, sagte Kunze-Romscheid auf dem Bezirksparteitag der U. S. P. D. Und nicht nur in Rheinland ist die Verelendung des Herzes der Arbeiter das einzige Resultat des Märzpartei, abgesehen von den unzähligen Opfern anderer Art, wie jahrelange Gefängnis- und Zuchthausstrafen —, sondern auch in anderen Orten des Industriegebietes.

Die logische Folge dieser Erkenntnis „der klaren und eindeutigen kommunistischen Parolen“ ist, daß die Arbeiter der U. S. P. D. den Rücken kehren und geradezu offenbart bekennen, daß sie einer Täuschung erlegen waren. Nicht zum mindesten hat zu dieser Erkenntnis die Tatsache beigetragen, daß unsere Genossen, die bisher vor dem kommunistischen Terror zurückgeschreckt waren, bei der „Märzaktion“ energisch gegen den kommunistischen Putsch sich aufbäumten und sich durch keinerlei Drohungen kommunistischer Schreier wandeln machen ließen. Sie fanden Unterstützung bei jenen kommunistischen Arbeitern, die, wie erwähnt, nur suggestiv bisher den Kommunisten gefolgt waren, mit der kommunistischen Taktik innerlich schon gebrochen hatten, aber aus falschen Rücksichten die Konsequenzen aus ihrer gewonnenen Einsicht noch nicht gezogen hatten.

Es ist das einzige Ergebnis der kommunistischen Taktik wachsende Verelendung und Enttäuschung der Arbeiterklasse. Und es wird sich zeigen, daß die wachsende Verelendung eine zunehmende politische Apathie zur Folge haben wird, und nicht, wie viele der politischen Emporkömmlinge in den Reihen der Kommunisten immer noch glauben, zunehmenden revolutionären Elan. Nicht in aus Not und Entbehrung geborenen Verzweiflungskämpfen liegt die Arbeiterklasse, nicht eine ausgehungerte Masse wird die politische Macht für die Arbeiterklasse erobert, sondern eine streng disziplinierte und geschulte, auf einem streng vorgezeichneten Wege sicher vorwärts schreitende Arbeiterklasse.

Aber noch ein anderes Uebel an der Arbeiterklasse ist das Ergebnis der kommunistischen Politik. Es zeigt sich zwar, daß sich eine Anzahl der Enttäuschten unserer Partei wieder anschließt. Vor allem sind das jene Genossen, die infolge der Spaltung nach Halle in die kommunistische Partei gekommen sind. Der Uebertritt zur U. S. P. erfolgt nicht nur einzeln, sondern oft gruppenweise. In unserem Elberfelder Parteiorgan „Volkstribüne“ veröffentlicht ein Arbeiter, der bisher der U. S. P. D. angehört, einen Brief, worin er, gewirgt durch die bei den Kommunisten gemachten Erfahrungen, seinen Uebertritt bzw. seine Rückkehr mit mehreren anderen Arbeitern zur U. S. P. anzeigt. In Wald bei Solingen haben zehn Stadtverordnete, die der U. S. P. D. angehört, ihren Austritt aus dieser Partei erklärt, daß der U. S. P. D. angeschlossen und sich als Unabhängige Fraktion konstituiert.

Ihren Beispiel folgten zahlreiche Arbeiter in Wald. In Ohlig bei Solingen legte eine Reihe kommunistischer Stadtratsmitglieder ihre Mandate nieder und kehrten der U. S. P. D. den Rücken. Kurz, die Massenflucht der Vertrauensleute und Arbeiter aus der U. S. P. D. hat im ganzen Industriegebiet solche Dimensionen angenommen, daß sie geradezu katastrophal für diese Partei ist.

Aber es zeigt sich auch, daß sich ein großer Teil der Arbeiter, die das wahre Wesen der kommunistischen Methode an den jüngsten Ereignissen erkannt haben, von der Arbeiterbewegung wachsend abwenden. Die Masse der Indifferenten, die schon bei den letzten Wahlen in Preußen durch ihre Abstinenz das Wahlergebnis in so großem Maße ungünstig beeinflusst haben, ist wiederum vergrößert worden. Das ist nicht nur im rheinisch-westfälischen Gebiet so, sondern auch anderwärts. Diesen Verlust, den die Kommunisten der Arbeiterbewegung beigemessen haben, müssen wir wieder ausgleichen. Unter diesen Arbeitersüchtigen haben unsere Genossen vor allem zu werben. Es handelt sich nicht allein darum, verlorene Wahlstimmen oder Hilfskräfte bei der Parteiarbeit wiederzugewinnen, sondern es kommt darauf an, die Ausgeschiedenen wieder einzugliedern in die organisierten Scharen der Arbeiterklasse, um sie zu Schulen im politischen Kampfe, sie zur Solidarität zu verpflichten und ihren Glauben an die Zukunft der Arbeiterklasse wieder zu beleben.

Reichswehr Nr. 2

Uns wird geschrieben:

Zu welchem Dienst die Beamten der Schutzpolizei verwandt werden, davon zeigt ein Beispiel, das sich am 28. April in der Kaserne der Polizei-Abteilung „Preussener Tor“ in der Katze abspielte. Gegen 8 Uhr morgens hatte sich ein großer Stoß von Offizieren die unter dem Deckmantel der Polizei im Dienste der Schutzpolizei stehen, auf dem Kasernehof versammelt, um sich an rein militärischen Übungen nach alten preussischen Muster zu ergötzen. Man begnügte sich zuerst mit den gewöhnlichen militärischen Exerzieren, ging dann aber zu Geschützübungen und Sturmangriffen über. Es fehlte selbst das Maschinengewehr-Exerzieren nicht. Zu diesen Zwecken hatten die Beamten die kleinen Feldpatronen empfangen, die nun an der linken Seite, gut von den grünen Ästen abtrottelnd, glänzten.

Die Beamten mußten zu diesem Zweck ihre erste Garnitur anziehen und sich in dem Kohlenbrot des Kasernehofes auf Befehl herumdrehen. Im Straßendienst dürfen die Beamten nur die zweite Garnitur tragen, gestickte Hosen und Röcke, und wenn ein Beamter auf Streife die erste Garnitur trägt, wird er bestraft. Es war eine Beschämung, wie man sie selbst nicht besser unter der wilhelminischen Zeit verlangen konnte, nur mit dem Unterschied, daß es früher Soldaten waren, und diese vorläufigen Soldaten heute Beamte der Schutzpolizei genannt werden. Die Beamten wurden darauf aufmerksam gemacht, daß es nun Zeit wäre, um die Geschützübungen richtig durchzuführen zu können, raus zum Tempelhofer Feld zu gehen. Die Bevölkerung braucht also gar nicht erstarrt zu sein, wenn die Schutzpolizei eines Tages auf dem Tempelhofer Feld Schützengraben baut.

Die Schutzpolizei ist dazu geschaffen, um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit eines jeden einzelnen Bürgers zu gewährleisten. Der Polizeidienst in der Schutzpolizei ist jedoch seit kurzer Zeit etwas Nebenamtliches geworden. Hauptfache ist jetzt, daß der Beamte gut exerzieren und sich gut im Kasernebereich herumwägen kann. Die Unterbeamten der Schutzpolizei halten den Druck der Not zu gedrückt. Die Beamtenzuschüsse sind völlig machtlos, sie gleichen Strohpuppen, denn von keiner Stelle haben sie auch nur die geringste Unterstützung zu erwarten. Die Unterbeamten, die sich genau bewußt sind, was die Bürger die Steuern für eine Polizei aufbringen, wollen nur den Dienst versehen, wozu die Polizei geschaffen ist, und den militärischen Dienst der Reichswehr überlassen. Der Dienst der Schutzpolizei sollte sich darum im Interesse jedes einzelnen Bürgers in der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit beschränken und sich nicht auf die Parolen der Offiziere stützen, welche heißt: „Auf zum Tempelhofer Feld.“

Soweit die Zukunft. Wir sind schon seit langem darüber unterrichtet, daß die Sicherheitspolizei zur Reichswehr Nr. 2 gemacht werden soll. In Preussischen Landtag wird sich die Gelegenheit bieten, die Rechte der Beamten wahrzunehmen und den Minister für das Treiben der reaktionären Offiziersclique, die das Geld der Steuerzahler einsteckt, um militärischen Spießzügen zu huldigen, verantwortlich zu machen.

Aus der Partei

Gautag der U. S. P. der Pfalz

Am 24. April tagte in Kaiserslautern der Gautag der U. S. P. der Pfalz. Die Tagung war gut besucht, und — was das Erfreulichste war — aus den Berichten der Delegierten ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Organisationen unserer Partei in allen Orten sich stärken und daß ein hoher Kampfesgeist allwärts herrscht.

Hauptgegenstand der Beratungen waren organisatorische und agitatorische Fragen, so die Agitation unter den Frauen, die Einheitsliste der Beiträge — die Beiträge wurden auf 2 Mark pro Monat für männliche und 1 Mark pro Monat für weibliche Mitglieder festgesetzt — und die Ausbreitung unseres Parteiorgans „Pfälzische Volkswacht“; in letzter Beziehung wurde der Grundstein für die Genossenschaft „Pfälzische Volkswacht“ gelegt. Ueber Programm und Taktik der U. S. P. referierte Genosse Unterleitner vom bayerischen Landesverband. Aus dem Saargebiet und Baden wohnten die Genossen Schall bzw. Schwarz der Tagung als Gäste bei.

40-8

CAID

MASSARY

fund und

auch dick!

KON LINON

Aus den Organisationen

Kreislager-Vorstellung. Die Generalversammlung des Kreislager-Vereins findet am Dienstag, den 3. Mai, um 8 Uhr abends im Saal des Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12 statt. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.
Dienstag, 3. Mai
7. Bezirksversammlung (Charlottenburg). 8 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.
Mittwoch, 4. Mai
Bewaltungsbezirk Mitte. Die Besprechung der eingetragenen Vereine findet am Mittwoch, den 4. Mai, um 10 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12 statt.
Verwaltungsbezirk Wedding. 8 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.
17. Bezirk, 2. Abteilung. 7 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.
18. Bezirk, 1. Abteilung. 7 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.

17. Bezirk, 2. Abteilung. Kommunale Kommission. 7 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.
18. Bezirk, 1. Abteilung. Kommunale Kommission. 7 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.
19. Bezirk, 1. Abteilung. Kommunale Kommission. 7 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.

Deutscher Arbeiter-Verband. 8 1/2 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.
Arbeiter-Verband. 8 1/2 Uhr abends im Hotel „Freiheit“ in der Friedrichstraße 11/12.

Vereinskalender

Dienstag, 3. Mai
Mittwoch, 4. Mai
Dienstag, 3. Mai
Mittwoch, 4. Mai

Etam Schleierstrumpf 14.50
Damenstrumpf 8.25
Belle-Alliancest. 3
Friedrichstr. 237
Leipziger Strasse 107
Tautenhayenstr. 10
Marien-Lutherstr. 95
Neukölln: Berliner Strasse 4

Kaufen Sie DIXIN von Henkel
bestes Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Wichtig für jeden Steuerpflichtigen
Das neue Reichseinkommensteuergesetz
mit Einleitung und Erläuterungen, Musterberechnungen, Sachregister, Einkommensteuer-Tabelle für Arbeiter, Angestellte u. Gewerbetreibende
Von Eugen Prager / Preis 4.00 Mk.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Trauring
Dukatens-Gold
100 gestempelt, schon für 75 M.!
Insgesamt massiv, nur bei mir erhältlich.
Deutschlands einziges Spezialhaus für Trauringe
Eigene Fabrik
G. Alb. Thal
119, Seydelstraße 5

Alle Metalle Preiserhöhung!
Blum!
Alle Metalle Preiserhöhung!
Edelmetall-Handlung
Weberstraße 31

Cognac
Bernhard Brauer
Wingroßhandlung
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Parteisekretär
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Nürnberg sucht zum 1. Juli 1921 einen tüchtigen Parteisekretär...
Wieder eröffnet
Sämtliche Metalle, Weisklager, Zinn, Lauddecken, Luftschläuche
Brunnenstr. 72

Trauringe
Stets vorrätig am Lager
Trauringsfabrik Minoga
Berlin O, Grüner Weg 69
Telephon Alex. 2459

Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will
Prof. Dr. Carl Ballod: Sowjet-Rußland
Preis 5.- Mark / Gebunden 7.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen
Zentrum: Hauptexpedition, Breite Str. 8-9
Norden: Frank, Genter Str. 34; Fritz Giesecke, Panke 60; Ladmann, Stargarder Str. 13;
Nordosten: Werner, Greifswalder Str. 29;
Osten: Wengels, Gadow Str. 11;
Südosten: Sinner, Stalter Str. 101
Westen: Marie Döring, Steinmetz Str. 23
Süd: Jordan, Metz, Dresden-er Straße 24;
Südwest: Wösch, Marzahn-er Str. 26
Südost: Sinner, Stalter Str. 101
Westen: Marie Döring, Steinmetz Str. 23
Süd: Jordan, Metz, Dresden-er Straße 24;
Südwest: Wösch, Marzahn-er Str. 26

Verlag der „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9